

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Der Weg zur gesamteuropäischen Lösung?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1959) : Der Weg zur gesamteuropäischen Lösung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 8, pp. 423-433

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132837>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Der Weg zur gesamteuropäischen Lösung?

### ENGLAND: Freihandel ohne politische Bindungen

London, Ende Juli 1959

Die Frage der europäischen Integration ist in London in den letzten Monaten im Zusammenhang mit den Verhandlungen über eine „Kleine Freihandelszone“ wieder aufgegriffen worden, aber man kann feststellen, daß der ganze Fragenkomplex sehr viel ruhiger und optimistischer diskutiert wird als vor Ende des letzten Jahres, da prinzipielle politische Differenzen und aggressive Verhandlungstaktiken die Gefahr eines Handelskriegs in Westeuropa heraufzubeschwören schienen. Die zuversichtlichere Beurteilung ist einerseits der günstigen Entwicklung der britischen Handels- und Zahlungsbilanz und der sicheren Erwartung einer weiteren stetigen Expansion der heimischen Produktion und des Überseehandels zuzuschreiben, andererseits aber auch dem Umstand, daß britische Unterhändler eine weitgehende Übereinstimmung ihrer handelspolitischen Ansichten mit denen der anderen OEEC-Länder, die außerhalb des Gemeinsamen Markts bleiben, feststellen konnten.

#### **Kein Gegenblock, sondern Brücke**

Für Großbritannien bleibt das Ziel unverändert eine stetige Ausdehnung des internationalen Handels in allen Richtungen und insbesondere auch innerhalb Europas ohne politische Bindungen. Die „Kleine Freihandelszone“ ist nicht als Alternative zu einer großen Europäischen Freihandelszone gedacht, auch nicht als Gegenblock zum Gemeinsamen Markt. Im Gegenteil, sie ist in gewisser Weise eine Ergänzung zu ihm; sie soll

nicht nur die Handelsschranken zwischen den beteiligten sieben Staaten allmählich in ähnlicher Weise abschaffen, wie dies die sechs Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu tun im Begriffe sind und somit den direkten Warenaustausch unter den Mitgliedern steigern, sondern gleichzeitig auch praktisch die Möglichkeit und Nützlichkeit einer größeren Freihandelszone in Europa demonstrieren und einen Partner für künftige Verhandlungen mit der Wirtschaftsgemeinschaft abgeben.

Man spricht in London von einer „Brücke“ und vermeidet den Ausdruck „Block“. Aber dabei ist nicht zu übersehen, daß die „Kleine Freihandelszone“ bei einem künftigen Ausgleich mit dem Gemeinsamen Markt ein stärkeres Gegengewicht darstellen würde, als seine sieben Mitglieder bei separaten bilateralen Verhandlungen mit der Wirtschaftsgemeinschaft in die Waagschale legen könnten. Ihrer Größe nach ist die „Kleine Freihandelszone“ der Wirtschaftsgemeinschaft mit nur wenig mehr als der Hälfte ihrer Bevölkerungszahl unterlegen, doch ist der Lebensstandard und die Kaufkraft ihrer Bevölkerung allgemein höher. Der Außenhandel der Sieben beträgt zwei Drittel dessen der Sechs, und bei künftigen Verhandlungen sollte es sich als Vorteil erweisen, daß er dem Gemeinsamen Markt gegenüber passiv ist. Daß ein Mitglied der „Kleinen Freihandelszone“, nämlich Großbritannien, alle anderen an Kaufkraft und Handelsvolumen übertrifft, hat die bisherigen Verhandlungen eher erleichtert als erschwert und braucht auch bei

künftigen Konferenzen mit der Wirtschaftsgemeinschaft kein Nachteil zu sein.

#### **Rentable Konzessionen**

Die Verhandlungen innerhalb der „Kleinen Freihandelszone“ sind bisher überraschend reibungslos vonstatten gegangen; offiziell wurden sie als „höchst verheißungsvoll“ bezeichnet. Die lästige Frage der Agrarimporte wurde bei direkten englisch-dänischen Verhandlungen einer Lösung nähergebracht, und die Sonderwünsche von Österreich und Portugal konnten, gerade weil der Außenhandel dieser Länder so klein ist, leicht Berücksichtigung finden. Britische Wirtschaftler sind der Ansicht, daß sich Konzessionen an andere Mitglieder durch die daraus resultierende Handelsausweitung recht bald bezahlt machen sollten; man spricht von einer möglichen Exportsteigerung nach anderen Ländern der „Kleinen Freihandelszone“ im Umfang von 100—200 Mill. £, was allerdings bedeutende Umlagerungen in beiden Richtungen bedingen würde. Gewisse britische Wirtschaftszweige — die Viehzucht, die Holz- und Papierindustrie, die Baumwollspinnereien, der Werkzeug- und Gerätebau usw. — hätten mit verstärkter Importkonkurrenz zu rechnen. Andere Industriezweige, vor allem die Stahlindustrie, der Maschinen- und Kraftfahrzeugbau und die Chemie, hoffen dagegen, ihren Export zu steigern.

#### **Enttäuschungen über die EWG**

Allgemein wird die Idee einer „Kleinen Freihandelszone“ sowohl in der britischen Industrie als auch im Überseehandel begrüßt, hauptsächlich aber in der Hoffnung, daß sie zu neuen Verhandlungen über

---

*Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.*

eine größere Europäische Freihandelszone und darüber hinaus zu einer allgemeinen Welthandelsausweitung führen wird. Die Entwicklung innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die in London aufmerksam verfolgt wird, hat demgegenüber allgemein Enttäuschung hervorgerufen, nicht so sehr, weil sie Englands Ausfuhr direkt beeinträchtigte — davon spürt man bisher kaum etwas —, sondern weil die Berichte vom Kontinent die Befürchtung zu bestätigen scheinen, daß die restriktiven und protektionistischen Einflüsse in der Wirtschaftsgemeinschaft die Oberhand gewinnen und künstliche administrative Hindernisse selbst zwischen den Ländern des Gemeinsamen Markts den Vorteil niedrigerer Zollsätze zunichte machen.

#### **Weltweite Zusammenarbeit**

Was künftige Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Gemeinsamen Markts und der „Kleinen Freihandelszone“ anbetrifft, so denkt man in London vielfach, daß es angesichts des im vergangenen Jahr zutage getretenen britisch-französischen Antagonismus besser sein mag, sie im Rahmen von GATT oder NATO, also wenigstens teilweise unter Einschluß der USA und Kanadas, zu führen. Washington ist an einer Abschaffung diskriminierender Handelsbeschränkungen in Europa durchaus interessiert. Man glaubt in London, daß sich die starken protektionistischen Tendenzen in der amerikanischen Wirtschaft, gegen die sich die politischen Kreise in Washington oft zu schwach erweisen, noch am ehesten durch ein *quid pro quo* zugunsten der amerikanischen Ex-

portindustrie zurückdrängen lassen, andererseits aber durch restriktive Maßnahmen in Kontinentaleuropa neuen Auftrieb erhalten würden. Nachdem Frankreich dem jüngsten britischen Beispiel der Liberalisierung von Dollarimporten gefolgt ist, kann man vielleicht auf mehr Verständnis für die europäischen Probleme in Washington hoffen; aber in Washington wie auch in London erwartet man, daß alle europäischen Länder in dem Maße, wie sich ihre Wirtschafts- und Währungslage bessert, handels- und zahlungspolitische Schranken abbauen.

Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit braucht sich natürlich nicht auf Europa zu beschränken. Im Commonwealth wie auch in den überseeischen Territorien kontinentaler Staaten gibt es gewaltige Absatz- und Investitionsmöglichkeiten, an denen sich andere europäische Länder in verschiedenen Formen beteiligen können. Britische Anregungen in dieser Hinsicht sind durchaus ernst gemeint. Man würde gern mit kontinental-europäischen Interessenten auch bei großen Projekten im Commonwealth zusammenarbeiten und würde es begrüßen, wenn amtliche Stellen mehr Interesse für solche Vorhaben, die oft größere Finanzmittel und Kreditgarantien erfordern, als privaten Unternehmen zur Verfügung stehen, zeigen würden. Auf diesem Gebiet wie auch in Fragen des europäischen Handels beharrt London aber auf dem Primat wirtschaftlicher Erwägungen. Freihandel in Europa ist für London Selbstzweck und nicht die Vorstufe oder ein Mittel zu engerer politischer Zusammenarbeit. (A.)

wurde mit Genugtuung vermerkt, das Verständigungswerk trage auch „ein kleines Armbrustzeichen“ (das Zeichen für „made in Swizerland“).

#### **Das Ziel ist Verständigung!**

Das Stockholmer Abkommen ist, wie man weiß, noch ein Torso. Der Agrarsektor harrt der Lösung und so auch das Problem der Ursprungszeugnisse. Daß man bis zum Jahresende das Vertragswerk unterschriftsreif machen wird, daran wird nicht gezweifelt. Da es nun die erklärte Absicht der beteiligten Regierungen ist, ihr Abkommen als Instrument (das Wort „Waffe“ wird peinlich vermieden) zur Erreichung der großen Freihandelszone einzusetzen, so kann man übertreibend sagen, es käme gar nicht so sehr darauf an, ob der Stockholmer Vertrag fertig oder unfertig ist, sondern entscheidend wäre, wie der Brüsseler Club darauf reagiert.

Im Augenblick läßt sich nichts darüber aussagen. Die Begegnung Erhards und Pinays in Bonn hat anscheinend keinerlei positive Ergebnisse im Hinblick auf die große Freihandelszone gebracht. Aus Genf verläutet, Selwyn Lloyd und Couve de Murville hätten sich über eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über die große Freihandelszone unterhalten. Vorerst gilt aber doch noch, daß man in der Schweiz Frankreich der „Obstruktion“ beschuldigt. Allerdings ist man sich in den maßgebenden Kreisen darüber im klaren, daß ein Einlenken Frankreichs immer möglich bleibt, daß der Kampf zwischen dem protektionistischen Nationalismus und den Europäern in Frankreich bald nach der einen, bald nach der anderen Seite entschieden wird, wie es die Erfahrung der letzten Vergangenheit beweist. „Bei den Franzosen weiß man nie, wie sie sich entscheiden werden. Plötzlich und unerwartet fassen sie einen Entschluß und verstehen dann meisterhaft, ihn nachträglich zu begründen,“ erklärte uns eine Persönlichkeit von Rang.

Etwas von dieser flexiblen oder pragmatischen Denkungsart wünschte man sich in der Schweiz auch für die Deutschen. Man wirft ihnen ein zu starres jurare in verba magistri vor. Das wäre schon so bei

## **SCHWEIZ: Von der Kleinen zur Großen Freihandelszone**

Zürich, Ende Juli 1959

An der Verwirklichung des Plans zur „Kleinen Freihandelszone“ der Sieben oder — mit Finnland — der Acht war die Schweiz maßgeblich beteiligt. Sie war es gewesen, die im Dezember vorigen Jahres die Initiative ergriff und die erste Konferenz hoher Regierungsfunktionäre nach Genf einberief. Als dann die Federführung auf Schwe-

den übergang, um zur Harmonisierung mit den nordischen Integrationsplänen zu gelangen, hielt sich die Schweiz wohl mehr im Hintergrund, hat aber zweifellos weiter ihr gewichtiges Wort gesprochen. Nach der Stockholmer Referentenkonferenz im Frühjahr wurden die Erfolgsaussichten offiziös als „hoffnungsvoll“ bezeichnet, nach der Ministerkonferenz von Ende Juni

der Rezeption des Römischen Rechts im 16. Jahrhundert gewesen, es wiederhole sich heute bei der Rezeption des amerikanischen Kartellrechts und erst recht auch bei der Auslegung und Anwendung des Vertrages von Rom.

#### **Unterschiedliche Meinungen**

Nun findet wohl Adenauers Politik der deutsch-französischen Verständigung weithin in der Schweiz freudige und achtungsvolle Zustimmung. Andererseits erzeugt Mac-Millans Koexistenzpolitik in der Schweiz allgemein Unbehagen. Und dennoch ist man — wie auch Erhard — der Ansicht, daß Großbritannien eben doch auch zu Europa gehöre und — wie den Schweizern die Erfahrung im Stockholmer Club zeigt — sich mit ihm auskommen lasse. Man empfindet den durch Europa gehenden politischen und wirtschaftlichen Riß als lebensgefährlich.

Die Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Erhard hat durch die Form, in der sie sich abgespielt hat, erschreckt. Ermutigend erscheint aber den Schweizern, daß jetzt endlich in Deutschland die öffentliche Meinung zur Mitentscheidung aufgerufen und mit den Gefahren konfrontiert wird, die wirtschaftlich offensichtlich von Frankreich und politisch von England aufgeworfen werden. Man begrüßt es, daß man in Deutschland die „Kleine Freihandelszone“ nicht mehr als „Illusion“ bagatellisiert und hofft, daß man nun auch nicht in das andere Extrem verfällt und in ihr den Sündenbock für die Spaltung Europas fürchtet.

In der nächsten entscheidungsvollen Zukunft wird man in der Schweiz nahezu geschlossen hinter der Integrationspolitik der Regierung stehen. Nachdem sich einmalreichlich spät — die führenden Schichten zu der Erkenntnis durchgerungen haben, daß die EWG eine Tatsache ist, mit der man rechnen muß, kann die auf kleine Kreise beschränkte Opposition nur noch mit dem Argument operieren, daß die „Kleine Freihandelszone“ nicht lebensfähig sei, weil sie sich aus zu heterogenen Elementen zusammensetze. Diesem Einwand wird von den Anhängern der Regierungspolitik entgegengehalten, daß

es sich um eine „Notgemeinschaft“ handele, die im größeren Ganzen aufgehen soll, nämlich Europa. Jedenfalls sei dieser Plan realistischer als die in Brüssel ventilierte Idee, unter Überspringung Europas in der NATO aufzugehen.

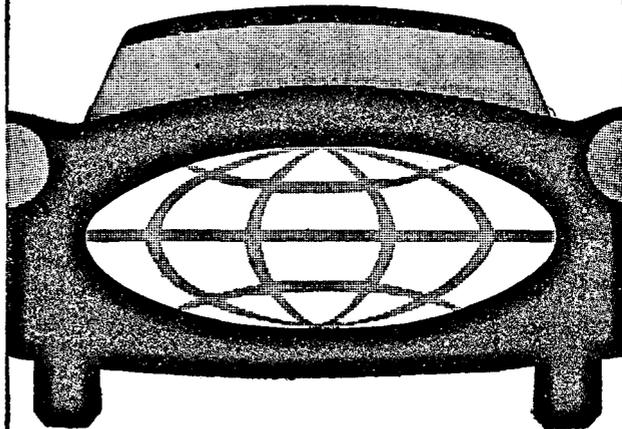
#### **Kompromisse bieten sich an**

Welche Wirtschaftskreise der Schweiz haben von der „Kleinen“ und der „Großen Freihandelszone“ eine Bedrohung ihrer Existenz zu erwarten? Da ist einmal die Landwirtschaft. Nachdem die Verhandlungen Dänemarks mit Großbritannien zu einem Einvernehmen geführt haben, wird sich wohl auch die Schweiz mit Dänemark verständigen können. Ernste Befürchtungen hat die Schweizer Papierindustrie, die ohne hohen Zollschutz die Konkurrenzfähigkeit gegenüber Schweden, Finnland und Österreich einbüßen könnte. Wenn wir richtig unterrichtet sind, so ist das ein allgemeines europäisches Problem, für das eine Lösung noch nicht gefunden ist. Insgesamt aber wiegen die durch den Zollabbau

in der „Kleinen Freihandelszone“ zu erwartenden Konkurrenzhemmnisse offenbar nicht so schwer wie die „Diskriminierungen“ durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Dem Stockholmer Vertragsentwurf wird in der Schweiz eine günstige Prognose gestellt. Man rechnet fest damit, daß der Zeitplan fristgerecht abläuft: Paraphierung des fertigen Plans bis zum Jahresende, Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten in der ersten Jahreshälfte 1960, so daß am 1. Juli 1960 die 20prozentige Zollsenkung gleichzeitig in der EWG und der Freihandelszone vorgenommen wird. Geschlossen oder getrennt werden dann die beiden Gruppen in die Zollverhandlungen des GATT eintreten. Die Wiederaufnahme der multilateralen Verhandlungen zwischen EWG und „Kleiner Freihandelszone“ wäre dem Stockholmer Club jederzeit willkommen, selbst dann, wenn der Stockholmer Vertrag noch nicht rechtskräftig geworden ist. (H. F.)

## **39. Internationale Automobilausstellung**



**Frankfurt am Main 17. - 27. September 1959**

geöffnet von 9-19 Uhr, am Eröffnungstag ab 14 Uhr - Verband der Automobilindustrie e.V. Frankfurt am Main

## NORDEUROPA: Zollunion oder Freihandelszone

Stockholm, Ende Juli 1959  
Falls nicht ganz unvorhergesehene Ereignisse eintreten, werden möglicherweise mit Geltung vom nächsten Jahre an nun auch die Nordländer in eine zunächst gewissermaßen „kleine Integration“ einbezogen werden. Anfang Juli d. J. hat in Kungälv (bei Göteborg) eine Konferenz der Ministerpräsidenten, der Außenminister, der Handelsminister, der Finanzminister sowie der Landwirtschaftsminister aus Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden stattgefunden, die mit überraschend positiven Ergebnissen abgeschlossen wurde.

### *Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit*

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung dieser Ministerkonferenz bildete die Stellungnahme zu der seit langem relativ fertigkonstruierten Nordischen Zollunion, aus der allerdings die Landwirtschaft und die Fischwirtschaft vorläufig noch ausgeklammert sind. Im Hinblick auf das zur Zeit der Kungälv-Konferenz bereits aktuelle, inzwischen jedoch prinzipiell beschlossene Projekt der „Kleinen Freihandelszone“ der „äußeren Sieben“ war in Kungälv für den 20. Juli eine zweite Ministerkonferenz der Nordländer nach Saltsjöbaden bei Stockholm einberufen worden, d. h. für den gleichen Tag, an dem wenige Stunden später dann auch die Ministerkonferenz der „äußeren Sieben“ zusammentrat. Sowohl in Kungälv als dann auch in Saltsjöbaden kamen die Nordländer, Finnland eingeschlossen, überein, die Nordische Zollunion zurückzustellen — möglicherweise für immer —, dafür aber in Fragen der Produktion, der Investition, des Baus von Kraftwerken, der gemeinsamen Finanzierung großer Projekte und vielleicht der Währungspolitik auch künftig eng zusammenzuarbeiten. Zollsenkungen standen mithin nicht zur Diskussion.

Weiter wurde in Kungälv beschlossen und in Saltsjöbaden gewissermaßen sanktioniert, daß die Nordländer innerhalb der im Werden begriffenen „Kleinen Freihandelszone“ in so weitgehendem Um-

fange wie möglich als „nordische Gruppe“ auftreten und in diesem Sinne ihren Einfluß geltend machen sollen. Für die Lösung der zuerst genannten Fragen wird in absehbarer Zeit ein permanenter nordischer Ministerrat sowie ein Zusammenarbeitsausschuß errichtet werden, deren Aufgabenbereiche sich zwangsläufig aus den angeführten Absichten ergeben. Ob die nordeuropäische Zusammenarbeit später auch auf die Zollpolitik ausgedehnt, oder ob die Nordische Zollunion trotz allem eines Tages doch wieder aktuell werden wird, läßt sich noch nicht beurteilen.

### *Agrarpolitische Zugeständnisse*

Ein zweites, nicht weniger wertvolles Ergebnis der Konferenz in Kungälv ist, daß zwischen Dänemark und Schweden auf dem ganz besonders delikaten Gebiet der Ernährungsgüter eine Vereinbarung zustande gekommen ist. Danach wird Schweden seinen Markt den wichtigsten dänischen Lebensmitteln wie Rindfleisch, Fleischkonserven, Speisekartoffeln, Käse sowie noch einigen anderen mehr als bisher öffnen, und zwar dadurch, daß erstens die sogenannten Einfuhrabgaben auf die Mehrzahl dieser Produkte um 12 % reduziert und daß zweitens die Erträge aus den Einfuhrabgaben zu 60 % an die Dänen rückvergütet werden.

Die ursprünglichen dänischen Wünsche oder gar Forderungen gingen wesentlich weiter. Da aber von schwedischer Seite zugesichert werden konnte, daß die Agrargesetzgebung nicht auf eine Steigerung der Produktion hinzielt, und da ferner mit einem steigenden Konsum von Lebensmitteln in Schweden gerechnet werden kann, hat Dänemark seine weitergehenden Wünsche, die praktisch einer Präferenzbehandlung entsprochen hätten, erheblich heruntergeschraubt. Für Butter wurde eine Sonderregelung derart getroffen, daß Schweden im Bedarfsfalle mindestens bis zu 2000 t aus Dänemark übernimmt.

Alle diese Vereinbarungen werden indessen erst mit dem Inkrafttreten der „Kleinen Freihandelszone“ gültig. Gleichzeitig stellen

die schwedischen Zugeständnisse oder auch Zusagen gewissermaßen eine der Bedingungen dafür dar, daß Dänemark sich der „Kleinen Freihandelszone“ anschließt. Da Dänemark vorher schon mit Großbritannien auf dem Lebensmittelgebiet ähnliche Vereinbarungen abgeschlossen hatte, hat es auf der Konferenz der „äußeren Sieben“ seine Beteiligung an der „Kleinen Freihandelszone“ zugesagt.

### *Finnland für einen unpolitischen Wirtschaftsblock*

Eine kleine „Bombe“ jedoch lieferte in Kungälv Finnland. Ministerpräsident Sukselainen gab vorsichtig, aber deutlich zu verstehen, daß Finnland an der „Kleinen Freihandelszone“ durchaus unter der Voraussetzung interessiert sei, daß sie „rein wirtschaftlich“ und ohne Errichtung überstaatlicher Organe konstruiert wird. Die erste praktische Konsequenz dieser Andeutung ist, daß Finnland nunmehr auch an den nordischen Besprechungen teilgenommen hat, und daß es als „Beobachter“ gewissermaßen in Saltsjöbaden bei der Ministerkonferenz der „äußeren Sieben“ anwesend war. Über Finnlands Stellungnahme zur „Kleinen Freihandelszone“ ist es verfrüht, genaueres zu sagen. Sicher ist aber, daß die Finnen über den weiteren Verlauf der Ausarbeitung des Vertragstextes informiert werden sollen.

### *Industrielle Rivalitäten*

Durch diese drei umrissenen Tatbestände haben sich nach Auffassung gut unterrichteter Beobachter die Aussichten für die europäische Integration auf gewiß zunächst noch „kleiner Ebene“ erheblich verbessert. Naturgemäß sind alle Hindernisse noch lange nicht aus dem Wege geräumt. Während in bezug auf Lebensmittel eine „große Linie“ nunmehr ungefähr abgesteckt sein dürfte, melden sich jedoch auf dem industriellen Sektor Schwierigkeiten an. In Großbritannien haben sich die Zellstoff- und die Papierindustrie bislang noch gar nicht mit dem aus den Nordländern unweigerlich zu erwartenden scharfen Wettbewerb abzufinden vermocht. In Norwegen, und im gegebenen Falle auch in Finnland, sind es eine ganze Reihe der leicht-

ten Industrien wie etwa Textilwaren, Konfektion, Schuhe und so weiter, denen es in einer „Kleinen Freihandelszone“ nicht eben leichtfallen wird, mit den ja sehr viel stärkeren Industrien der übrigen Länder mitzukommen. Aber trotz aller dieser Schwierigkeiten ist nach der Ministerkonferenz der „äußeren Sieben“ in Saltsjöbaden vom 20. und 21. Juli nicht mehr

daran zu zweifeln, daß die „Kleine Freihandelszone“ mit dem offiziellen Namen „European Free Trade Association“ (EFTA) vor ihrer Verwirklichung steht. Und in ihr kommt in jedem Falle gerade den Nordländern in handelspolitischer, genauer gesagt außenhandelspolitischer Beziehung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, das größte Gewicht zu. (dt.)

beziehungen für 1961 bis 1965 regeln soll, noch nicht abgeschlossen.

Der finnische Außenminister ließ sofort verlautbaren, daß sich Finnland nicht an einer internationalen Organisation beteiligen werde, in der überstaatliche Organe in Funktion treten. Diese merkwürdige Formulierung hängt mit der Tatsache zusammen, daß sich Finnland 1947 im Friedensvertrag mit der Sowjetunion verpflichten mußte, an keinem internationalen Bündnis, dem ein deutscher Staat angeschlossen ist, teilzunehmen. Man hatte diese Bestimmung im politischen Sinne verstanden; es scheint jedoch, daß die Sowjets keine klaren Grenzen zwischen Politik im engeren Sinne und Handelspolitik ziehen. Bei einer möglichen Vereinigung der „Kleinen Freihandelszone“ mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft könnte Finnland so in eine schwierige Situation geraten. Aus diesen Gründen wurde vorerst die Konstruktion einer indirekten Assoziation Finnlands mit der „Kleinen Freihandelszone“ geschaffen, um alle Verwicklungen zu vermeiden.

## FINNLAND: Im Rahmen der nordischen Zusammenarbeit

Helsinki, Ende Juli 1959

Am 21. Juli 1959 wurde in Saltsjöbaden bei Stockholm der Beschluß gefaßt, die sogenannte „Kleine Freihandelszone“ der sieben „Außenmächte“ Großbritannien, Portugal, Schweiz, Österreich, Schweden, Dänemark und Norwegen zu bilden. Es wurde etwas nebelhaft festgestellt, daß Finnland eine Art Assoziation mit diesem wirtschaftlichen Zusammenschluß anstrebt. Sämtliche acht Länder waren durch ihre Handels- und Wirtschaftsminister sowie mit vielen Sachverständigen vertreten. Es wurden Arbeitsausschüsse eingesetzt, die nun die vertraglichen Grundlagen der „Kleinen Freihandelszone“ ausarbeiten und einer dritten Konferenz — voraussichtlich im November — vorlegen werden. Man rechnet noch in diesem Jahr mit der parlamentarischen Billigung und der endgültigen Proklamation der „Kleinen Freihandelszone“. Die Zollsenkung um 20 % — entsprechend dem Zollabbau der EWG — wird für den 1. Juli 1960 erwartet. Um den schwierigen Problemen der

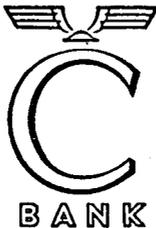
Landwirtschaft gerecht zu werden, sind Ausnahmeklauseln für diesen Bereich vorgesehen. Ein weiteres Problem ergibt sich durch den Handel mit Importwaren innerhalb der Freihandelszone, der ein weitläufiges System von Ursprungszeugnissen notwendig machen wird.

### *Finnlands kritische Situation*

Daß Finnland nicht direkt als achttes Mitglied an der Freihandelszone teilnimmt, ist auf die besondere Stellung des Landes zur Sowjetunion zurückzuführen. Man fürchtet, daß ein direkter Anschluß an diese „Kleine Freihandelszone“ der Sowjetunion mißfallen könnte, zumal bereits am 19. 7. in der „Prawda“ ein Artikel veröffentlicht wurde, der Finnland vor einem direkten Anschluß warnt. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sich der finnische Außenhandel zu 30 % auf die sieben westlichen Länder konzentriert, während der sowjetische Anteil an der finnischen Handelsbilanz im besten Falle 20 % erreicht. Jedoch ist der neue Rahmenvertrag zwischen Finnland und der Sowjetunion, der die Handels-

### *Die nordische Zollunion*

Die schnelle Entwicklung bei der Integration der „Äußeren Sieben“ steht nun offensichtlich im Widerspruch zu den nur sehr langsam vorangekommenen Verhandlungen über die nordische Zollunion. Zehn Jahre und unzählige Konferenzen haben nicht ausgereicht, um dieses verhältnismäßig kleine Objekt zu bewältigen, das doch unter den vier nordischen Staaten so populär



**COMMERZBANK**  
AKTIENGESELLSCHAFT

DUSSELDORF · FRANKFURT (MAIN) · HAMBURG  
In Berlin BERLINER COMMERZBANK Aktiengesellschaft

235 Geschäftsstellen in der Bundesrepublik und in West-Berlin

war. Es ist ein offenes Geheimnis, daß hier viel Schaum geschlagen wurde und daß sich die Politiker bis zuletzt freie Hand vorbehalten wollten. Für Finnland, innerhalb dessen Handelsbilanz der internordische Handel nicht einmal 10% ausmachte, schien ein Anschluß günstig, zumal Moskau deswegen keine Einwände erhob.

Der Warenaustausch zwischen den nordischen Staaten ist verhältnismäßig klein. Nach Untersuchungen, die sich vorwiegend auf das Vergleichsjahr 1955 beziehen, erreichte der gesamte Import aus den nordischen Ländern einen Anteil von 13% der Gesamteinfuhr dieser Staaten. Der Exportanteil betrug demgegenüber 14%. Norwegen, das 21% seiner Einfuhr aus den übrigen drei nordischen Staaten bezieht (Exportquote 17%), ist am stärksten von dem nordischen Markt abhängig. Die dänische Handelsbilanz war zu diesem Zeitpunkt gegenüber den anderen nordischen Ländern mit einem Export- und Importanteil von je 14% ausgeglichen. Schweden stellte mit einer Exportquote von 18% (Import 7%) das Hauptlieferland des nordischen Marktes dar, Finnlands Import aus Skandinavien betrug 11% der finnischen Gesamteinfuhr, sein Export in dieser Relation dagegen nur 6% der Gesamtausfuhr. Insgesamt hatte der internordische Warenaustausch 1955 einen Wert von 650 Mill. \$. Ursprünglich sollte die Zollunion 70—80% dieses Warenaustausches umfassen; in letzter Zeit sprach man sogar von annähernd 100%.

Während Dänemark und Finnland einen nahezu ausgeglichenen Außenhandel aufweisen, besaßen Schweden und besonders Norwegen eine passive Bilanz, eine Tendenz, die sich für Schweden in den letzten Jahren noch verstärkt hat. Innerhalb der Zahlungsbilanz kommt aber ein Ausgleich dadurch zustande, daß Norwegen auf seine Frachteinkommen und Schweden sowohl auf die Frachteinnahmen als auch auf die Erträge seiner Auslandsinvestitionen zurückgreifen kann. Immerhin bleibt die passive Handelsbilanz Schwedens ein akutes Problem.

### **Die Außenhandelsstruktur**

Der Anteil der vier nordischen Staaten am gesamten Welthandel beläuft sich auf 6%, während die Bevölkerung dieser Staaten nur 0,8% der Weltbevölkerung ausmacht. 1955 exportierte Schweden 2,4 Mill. t Zellstoff und mechanische Papiermasse, Finnland 1,3 Mill. t und Norwegen 0,7 Mill. t. Die Ausfuhr von gesägtem Holz wird mit der steigenden chemischen Veredelung zurückgehen, dies gilt noch mehr für Rohholz, während die Ausfuhr von Schnittholz und Holzfasern zunehmen kann. Die hauptsächlichsten importierten Massengüter sind Kohle, Koks, Heizöl und Benzin.

Besonders in Finnland wuchs infolge der Verlagerung vom Getreideanbau zur Viehzucht die Einfuhr von Brotgetreide. Auch Zucker wird in großen Mengen nach Finnland und Norwegen eingeführt, während Schweden Selbstversorger ist und Dänemark exportiert. Der Butterexport ist für Schweden, Finnland und Dänemark ein großes Problem. Neuerdings hat sich hier die Sowjetunion als Käufer eingeschaltet. Kolonialwaren und Textilien müssen von allen nordischen Ländern eingeführt werden. Schweden und Finnland sind die wichtigsten europäischen Holzexporteure.

Von großer Bedeutung ist in Schweden die Eisengewinnung. Die jährliche Eisenerzausfuhr beläuft sich auf rd. 9 Mill. t. In Finnland werden jährlich neue Eisenerzlager erschlossen. Die Kupfererzeugung beträgt rd. 25 000 t jährlich. Die Schwerindustrie hat nun einen beachtlichen Entwicklungsgrad erreicht. Das Energienetz wird in Schweden, Norwegen und Finnland weiter ausgebaut und vereinigt.

### **Der „nordische Kreis“ in der Freihandelszone**

Die Vorschläge für eine nordische Zollunion waren im Frühjahr 1957 bereits fertig. Optimisten glaubten, daß diese Zollunion noch vor der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes zustande käme. Als sich die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen zur Freihandelszone häuften, schien es, als ob der Wettkampf gewonnen wäre. Jedoch bestehen auch jetzt noch gewisse Hoffnungen auf einen nor-

dischen Kreis innerhalb der „Kleinen Freihandelszone“, obwohl Großbritannien kein Interesse an einer gemeinsamen schwedisch-finnischen Wirtschaftspolitik auf dem Holzsektor hat.

Die nordische Zusammenarbeit erschöpft sich nun aber keineswegs in einer Zollunion. Vielmehr gibt es ja seit Jahren einen gemeinsamen Arbeitsmarkt, eine sich annähernde Gesetzgebung und zahlreiche nordische Organisationen.

Die Voraussetzung der Zollunion, die in einer gemeinsamen Währungspolitik liegt, konnte nicht geschaffen werden. Finnland geht hier seinen eigenen Weg, und auch in Skandinavien sind die Inflationsgarantien trotz der partiellen Konvertibilität nicht allzu groß. Eine wirkliche Integration müßte auch die Arbeitsbedingungen in den vier Staaten aufeinander abstimmen. Trotz des bestehenden gemeinsamen nordischen Arbeitsmarktes konnten die Arbeitsverhältnisse in Norwegen und Finnland bisher noch nicht an das Niveau Schwedens angeglichen werden. Das gesamte Gebiet der Sozialpolitik müßte hier beachtet werden.

Eine Menge von Ausnahmeklauseln — besonders zugunsten Finnlands — hat die nordische Zollunion ausgehöhlt. Der Plan selbst sah Zollfreiheit für Rohwaren — auch für Heizöle und Kohle — vor. Auf der Konferenz von Oslo war man schon unsicher geworden, und man machte den Ersatzvorschlag hinsichtlich eines nordischen Freihandelsgebietes anstelle einer vollständigen Zollunion. Auch hier stellte sich das schwierige Problem der Ursprungszeugnisse.

Auch ohne Zollunion bleibt das nordische Wirtschaftsgebiet eine integrierte Einheit. Bedeutende Pläne zum gemeinsamen Ausbau der Energie- und Rohstoffreserven Lapplands werden gegenwärtig in Angriff genommen. Auch erstreckt sich die Zusammenarbeit innerhalb der „Kleinen Freihandelszone“ der Sieben weder auf den Arbeits- noch auf den Kapitalmarkt. Neben den Zollsensenkungen kommen gemeinsame Maßnahmen auf den Gebieten der Wettbewerbsbedingungen, der Exportsubventionen, der Anti-

# VEREINSBANK IN HAMBURG

## ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061  
26 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

dumpingpolitik, des Rohwarenausgleiches und der Konjunkturpolitik in Betracht.

Inwieweit eine nordische Untergruppe innerhalb der „Kleinen Freihandelszone“ zustande kommt, läßt sich noch nicht überblicken. Zollpolitisch wird dies kaum möglich sein. Vorerst hat man sich leichten Herzens von dem Plan der nordischen Zollunion getrennt. Dänemark scheint bisher am besten davongekommen zu sein, nachdem Westdeutschland schon zum Haupt-

lieferland Schwedens aufgerückt war. Großbritannien kann nun seine alte Position vorübergehend wieder gewinnen. Für Finnland aber besteht die Gefahr, daß es zwischen zwei Stühlen sitzen bleibt. Der Osthandel beginnt, die Grenzen des wirtschaftlichen Optimums zu überschreiten und allmählich zur Belastung zu werden. Ein Gegengewicht im Westen wird daher immer notwendiger, wenn eine wirkliche Liberalisierung erreicht werden soll. (A. v. G.)

allen „anderen Sieben“ ist. Von den österreichischen Exporten gehen 49,7% in die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und nur 10,5% nach der „Kleinen Freihandelszone“, während die Bezüge 55,6%, bzw. 11,2% ausmachen. Eine ähnliche handelspolitische Situation besteht nur noch bei der Schweiz (Exporte 39,2% bzw. 15,5%, Importe 58,8% bzw. 10,8%), während die drei skandinavischen Staaten mehr nach der „Kleinen Freihandelszone“ liefern als nach der EWG und der Anteil beider Gebiete am Außenhandel Großbritanniens nur relativ klein ist. Portugal hingegen hat durch eine Diskriminierung seitens der EWG schon mehr zu verlieren, wenn auch relativ bedeutend weniger als Österreich.

### ÖSTERREICH: Status der Neutralität bestimmt das Handeln

Wien, Ende Juli 1959

Schon nach dem Wirksamwerden der ersten Etappe des Gemeinsamen Marktes sind die ungünstigen Auswirkungen des Vertrages von Rom auf die österreichische Exportwirtschaft festzustellen. Daran ist nicht nur die zollpolitische und kontingentmäßige Diskriminierung schuld, die ja z. T. durch bilaterale Vereinbarungen gemildert werden konnte, sondern es ist das Bestreben der Käufer in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erkennbar, schon jetzt ihre Bezüge stärker auf den EWG-Raum abzustellen, um zu vermeiden, daß im Stadium einer fortgeschrittenen Diskriminierung der Außenseiter aus preislichen Gründen die Kontinuität der Bezüge gefährdet werden könnte.

#### *Nicht Selbstzweck, sondern Mittel*

Man registriert diese Entwicklung bei der österreichischen Industrie mit großer Besorgnis. Es ist nur zu verständlich, daß man nach dem enttäuschenden Abbruch der Verhandlungen über die Europäische Freihandelszone, die für die Außenseiter der EWG das Ende ihrer eineinhalbjährigen intensiven Bemühungen um die Assoziation in die EWG gebracht hatte, nach

einer neuen Basis für solche Assoziationsverhandlungen suchte. Der Plan der „Kleinen Freihandelszone“ hat bei der österreichischen Wirtschaft nur bedingte Zustimmung gefunden: es dürfe sich auf keinen Fall um eine Einrichtung mit dem Selbstzweck wirtschaftlicher Vorteile ihrer Mitglieder als einzigem Endziel handeln, sondern nur um ein Mittel zur beschleunigten Erreichung einer gesamteuropäischen Lösung. Wenn auf diese Weise die Bildung eines zweiten Blocks und damit die Gefahr eines Wirtschaftskrieges in Europa vermieden wird, verkennt man nicht die Vorteile, die für künftige Assoziationsverhandlungen mit der EWG darin bestehen, daß eine wirtschaftlich geschlossene Gruppe von sieben Ländern als Gesprächspartner gewichtiger auftreten kann, als es die einzelnen Außenseiterländer vermögen.

#### *Österreich besonders benachteiligt*

Die Reserve, mit der gerade die österreichische Wirtschaft die Ergebnisse der Stockholmer Verhandlungen über die „Kleine Freihandelszone“ aufgenommen hat, ist in der Außenhandelsverflechtung Österreichs mit den EWG-Ländern begründet, die die stärkste unter

Aus dieser Außenhandelssituation ergibt sich, daß die Zollsensungen, die Österreich von den Partnern der „Kleinen Freihandelszone“ eingeräumt wurden, niemals die Nachteile einer Diskriminierung durch die EWG aufwiegen können und daß daher keine endgültige Lösung akzeptabel scheint, die diese Diskriminierung bestehen läßt. Selbst wenn man aus den österreichischen Exporten nach der EWG den Stahlsektor ausklammert, der bereits durch die Zollfreiheit innerhalb der Montanunion schwer benachteiligt ist und dem sozusagen die EWG-Diskriminierung (mit Ausnahme der Fertigprodukte) kaum mehr schaden kann, so bleibt der Exportanteil immer noch hoch genug, abgesehen davon, daß eine Assoziation mit der EWG zweifellos auch hier in längerer Sicht die Diskriminierung beseitigen würde. Im übrigen sollen auf Grund der ungeklärten Lage nun auch österreichische Unternehmungen sich bereits mit dem Gedanken tragen, Tochtergesellschaften in den EWG-Ländern zu errichten.

Soweit die geheim gehaltenen Ergebnisse der Stockholmer Beamtenverhandlungen hier bekannt wurden, sind sie kaum in der Lage, die Bedenken der Wirtschaft gegen die kleine Lösung zu zerstreuen, denn sie enthalten offenbar keine wesentlich neuen Gesichtspunkte gegenüber dem Maudling-Konzept und scheinen also nicht geeignet, die intransigente Haltung Frankreichs gegenüber dem Freihandelszonenprojekt günstig zu beeinflussen und die Voraussetzungen für neue Assoziierungsverhandlungen zu schaffen. Als Selbstzweck aber, als endgültige Lösung wird die „Kleine Freihandelszone“, wie gesagt, von Österreichs Wirtschaft abgelehnt.

#### **Politische Rücksichten**

Prof. Hallstein hat kürzlich im Organ der österreichischen Industriellen erklärt, daß die EWG Österreichs politische Stellung nicht ignorieren dürfe, sondern respektieren müsse. Diese politische Situation ist es denn auch, die Österreichs Standpunkt gegenüber der EWG beherrscht und der die wirtschaftlichen Aspekte untergeordnet werden müssen. Österreich hat im Staatsvertrag von 1955 sich völkerrechtlich als neutraler Staat erklärt mit allen Konsequenzen, die sich aus einem solchen Status ergeben. Einer Zugehörigkeit Österreichs zur OEEC stand diese Neutralität nicht entgegen, weil in dieser Institution die nationale Souveränität jedes Mitgliedbesitzes gewahrt wird und es nur im Ausmaß der von ihm freiwillig übernommenen Verpflichtungen gebunden ist. Gegenüber Drittländern bleibt die volle handelspolitische Bewegungsfreiheit unberührt. Der Vertrag von Rom aber sieht die Abgabe eines wesentlichen Teiles der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsgewalt an eine supranationale Behörde vor und hat die vollständige wirtschaftliche, soziale und, als eigentlichen Endzweck, die politische Integration der Teilnehmerländer zum Ziel. Bei der Frage eines Beitritts zu einer solchen Institution müßte Österreich prüfen, ob es nicht neben wirtschaftlichen Verpflichtungen auch politische Bindungen übernehmen müßte, die ihm die Einhaltung seiner politi-

schen und militärischen Neutralität unmöglich machen würden. Tatsächlich ist der Endzweck der EWG ein Staatenbund oder ein Bundesstaat, in dessen politischer Einheit die politische Selbständigkeit jedes Teilnehmerstaates aufgeht. Schon die Aufnahme bilateraler Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft könnte daher Österreich von mißgünstiger Seite den Vorwurf einer Verletzung seiner Neutralität einbringen.

Österreich hat seine Selbständigkeit nach jahrelangen Bemühungen unter schwersten wirtschaftlichen Opfern erreicht, und es wäre unverantwortlich, sie um augenblicklicher wirtschaftlicher Vorteile willen leichtsinnig aufs Spiel zu setzen. Wenn daher von manchen EWG-Kreisen den Außenseitern der Vorwurf gemacht wird, sie bemühten sich nicht um einen Beitritt, weil sie nur die Vorteile der wirtschaftlichen Integration genießen, nicht aber auch die Verpflichtung des Verzichtes auf nationale Souveränitätsrechte übernehmen wollten, so kann ein solcher Vorwurf Österreich nicht treffen, weil ihm seine völkerrechtliche Stellung die Übernahme solcher Verpflichtungen strikt verbietet. Die oben zitierte Bemerkung von Prof. Hallstein kann daher wohl nur in dem Sinn verstanden werden, daß diese Stellung Österreichs vorbehaltlos anerkannt wird. Welche Folgerungen aus einer solchen Anerkennung von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gezogen werden könnten, ist allerdings nicht zu erkennen, denn die Ausnahmelösung eines nur wirtschaftlich assoziierten, nicht aber politisch integrierten Österreichs ist wohl nicht möglich; abgesehen davon, daß damit ein Präzedenzfall für die Schweiz, die sich in der gleichen völkerrechtlichen Situation befindet, gegeben wäre.

#### **BENELUX: Der Kampf der Interessenkreise**

Haarlem, Ende Juli 1959  
Nirgends in Westeuropa hat das Scheitern der Unterhandlungen, die das Zustandekommen einer „Großen Freihandelszone“ ermöglichen sollten, mehr Enttäuschung ausgelöst als in den Benelux-Ländern.

#### **Gesamteuropäische Lösung aktivieren!**

Diese politische Situation Österreichs muß die Richtlinie für seine offizielle Handelspolitik sein. Deshalb kann von ihm auch eine Initiative in Richtung einer Integration in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht erwartet werden. Um so aktiver waren seine Bemühungen, im Rahmen der OEEC eine gesamteuropäische Lösung zu finden, die sich nicht nur bei den seinerzeitigen Vorbereitungen der Verhandlungen über Zollfreizonen, sondern auch bei den Stockholmer Besprechungen bemerkbar machten.

Da die „Kleine Freihandelszone“ nunmehr nach dem endgültigen Beitritt Dänemarks eine vollendete Tatsache ist, kann man nur hoffen, daß es gelingen wird, mit ihrer Hilfe die notwendige gesamteuropäische Lösung zu finden. Das um so mehr, als man in Stockholm bestrebt war, alles zu vermeiden, was den Eindruck einer gewissen Aggressivität gegen die EWG erwecken könnte, indem man schon in den organisatorischen Maßnahmen keine für längere Zeit unveränderlichen Zielsetzungen prägte und auch den Rhythmus der Zollsensenkungen nicht, wie ursprünglich geplant, beschleunigt, sondern dem der EWG angepaßt und damit zu jedem Zeitpunkt die Assoziierung ohne Schwierigkeiten ermöglicht hat.

Man hat in Österreich den starken Wunsch, daß die wirtschaftliche Realität der „Kleinen Freihandelszone“ vor allem für die Deutsche Bundesrepublik, die doch immerhin mehr als ein Viertel ihrer Exporte in dieses Gebiet liefert, den Anreiz für eine noch stärkere Aktivität, auch durch Erhöhung ihres freundschaftlichen Druckes auf Frankreich, darstellen wird, um eine wirkliche europäische Lösung vorzubereiten. (St.)

Ihre Seehäfen — Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam —, die sicherlich nicht nur in Erinnerungen an die große Tradition der Hansestädte schwelgen, haben sich bloß unter einem stillen Vorbehalt mit ihrer Einverleibung in die Euro-

päische Wirtschaftsgemeinschaft abgefunden: nämlich dem Vorbehalt, daß diese den ersten Schritt zu einer größeren Wirtschaftsgemeinschaft bildete, die dann zumindest auch das britische Inselreich und die skandinavischen Länder umfassen würde.

#### *Integration auf Umwegen*

Da dieses Ziel nun in der ersten Runde nicht erreicht wurde, widmet man allen anderen Möglichkeiten, die vielleicht auf einem Umweg schließlich doch seine Verwirklichung herbeiführen können, die größte Aufmerksamkeit. Zu diesen Möglichkeiten rechnet man auch die Initiative, um zur Bildung einer „Kleinen Freihandelszone“ zu gelangen, die Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, die Schweiz, Österreich und Portugal mit insgesamt 85 Mill. Menschen umfassen würde. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat dagegen einen Markt mit 180 Mill. Abnehmern hinter sich. Dennoch ist es deutlich, daß Großbritannien mit seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung als Mitglied der „Kleinen Freihandelszone“ dazu beitragen wird, den Einfluß des größeren EWG-Gebietes zu kompensieren; obwohl die sechs Länder der EWG wegen ihrer Lage als geschlossenes Gebiet um die wichtigen Verkehrsadern des Rheins und der Rhône einen großen Vorteil aufzuweisen haben.

Die Bildung eines „Gegenbündnisses“, wodurch zwei Parteien am grünen Tisch die Degen kreuzen müssen, kann sicher auch seine gute Seite haben. Unterhandlungen zwischen zwei Parteien lassen sich schließlich leichter führen als solche zwischen einem Block (EWG) und der vielköpfigen, an nichts gebundenen Gruppe der anderen Länder, die der OEEC angeschlossen sind. Letztlich wird kein einziges der teilnehmenden Länder sich dem Gebot entziehen können, Europa erst wirtschaftlich und dann politisch zu synchronisieren. Über die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden sind, braucht man sich keinerlei Illusionen zu machen. Ebenso wenig jedoch über die historische Notwendigkeit, daß Europa dieselbe Entwicklung durch-



## Wo fehlt eine?

Wir liefern alle Schreibmaschinen. Viele neuw. günstige Gelegenheiten im Preis stark herabgesetzt. Auf Wunsch Umtauschrecht. Sie werden staunen. Fordern Sie unseren Gratis-Katalog B 573

Deutschlands großes Büromaschinenhaus

**NOTHEL+CO Göttingen**

machen muß wie die USA, wenn es sich auf wirtschaftlichem Gebiet nicht vom Ostblock überflügeln lassen will.

Die führenden Persönlichkeiten des Gewerbelebens in den Niederlanden und Belgien sind von diesem Gedanken so durchdrungen, daß sie sich nicht scheuen, ihn auch durchzufechten. Sie setzen sich deshalb auch mit ihren Kollegen im „Europa der Sieben“ in Verbindung, um auf diese Weise ihr Scherflein zu der unvermeidlichen Entwicklung beizusteuern. Als Beispiel zitieren wir eine gemeinsame Resolution der niederländischen und schwedischen Metallindustrien, in der erklärt wird, daß es für Europas Zukunft von vitaler Bedeutung sei, eine enge, auf einem freien Markt beruhende Zusammenarbeit zwischen allen Ländern West-, Nord-, Mittel- und Südeuropas zustandezubringen. Mit Genugtuung begrüßen diese Organisationen das Streben der sieben zur „Kleinen Freihandelszone“ gehörenden Länder, die einen Weg suchen, um die Besprechungen mit den sechs Ländern der EWG und den übrigen Mitgliedstaaten der OEEC wiederaufzunehmen, damit die Handelsschranken niedergelassen werden und man zur Bildung einer multilateralen Assoziation gelangen kann, in der dann alle OEEC-Länder brüderlich zusammenarbeiten.

Auch in anderen industriellen Kreisen der Benelux-Länder lebt die Überzeugung, daß die heutige Sackgasse nur vorübergehender Natur ist. Darum ist man bereit, die eigene Regierung nötigenfalls unter Druck zu setzen, damit diese wenigstens vorläufige Maßnahmen ergreift, um die Konsolidierung isolationistischer Tendenzen zu vereiteln, falls die Zeit für definitive Wirtschaftsabkommen noch nicht reif sein sollte.

#### *Gefährdete Wirtschaftszweige*

Dennoch kann man nicht sagen, daß das Zustandekommen einer „Großen Freihandelszone“ in den Niederlanden überall Anklang findet. Namentlich die Papierindustrie widersetzt sich diesem Gedanken stark. Von der EWG befürchtet sie keine nachteiligen Folgen, falls der Außentarif für Rohstoffe wie bisher auf Null bleibt. Wenn sich jedoch die Länder (Skandinavien), die die Rohstoffe für die Papierindustrie liefern, einer alle europäischen Länder umfassenden Freihandelszone angliedern, erwartet man, daß diese sich auch auf die Papiererzeugung legen werden, und zwar in einem Umfang und zu Preisen, mit denen die niederländische Papierindustrie die Konkurrenz nicht aufnehmen kann. Übrigens befürchtet die englische Papierindustrie das gleiche.

Die niederländische Landwirtschaft hat noch keinen definitiven Standpunkt eingenommen. Eine EWG, in der England in keiner Weise aufgenommen ist, könnte einen Verlust des außerordentlich wichtigen englischen Exportmarktes bedeuten. Zumal da England und Dänemark Mitglieder der „Kleinen Freihandelszone“ geworden sind. Man gibt jedoch zu, daß die EWG den westdeutschen Markt noch weiter öffnen wird, was die Benelux-Landwirte selbstverständlich freudig begrüßen. Dieser Markt wird nun jedoch für die Niederlande und Belgien noch weitaus wichtiger werden, als er es bereits ist, nachdem Dänemark sich für die „Kleine Freihandelszone“ entschieden hat.

Es ist in den Niederlanden bekannt, daß in landwirtschaftlichen Kreisen Dänemarks starke Neigungen zum Anschluß an die EWG vorhanden waren. Aber auch die Dänen, deren Ausfuhr zur Hälfte aus reinen Agrarerzeugnissen be-

steht, mußten befürchten, daß dann ihre Exporte nach den übrigen Ländern — England an der Spitze — gefährdet sind. Die Dänen standen somit vor einer schwierigen Entscheidung, da die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genau so viele dänische Agrarerzeugnisse abnehmen wie die außerhalb der EWG stehenden westeuropäischen Länder.

#### **Integration erfordert Opfer**

Demnach kann die Entstehung von zwei Wirtschaftsfronten in Europa Gegensätze wachrufen, die nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Integration stark erschweren können. Führende niederländische Kreise, die bereit sind, Opfer für das Ideal eines Vereinigten Freien Europas zu bringen, streben darum nach wie vor nach einer großzügigen wirtschaftlichen und handelspolitischen Integration, wie diese sich mit der „Großen Freihandelszone“ anbot. Die Niederlande sind sicherlich nicht bereit, ihre traditionellen handelspolitischen Bindungen mit Nordeuropa aufzugeben. Dafür sind die historischen Erinnerungen an das „Goldene Zeitalter“, in dem die holländische Kriegsflotte wiederholt für die Handelsflotte den Zugang zum Baltischen Meer erzwingen mußte, noch viel zu lebendig geblieben. Darum gibt man sich der Hoffnung hin, daß die EWG und die „Kleine Freihandelszone“ letztlich doch zu einer „Großen Freihandelszone“ zusammenschmelzen werden, womit dann die wirtschaftliche Einheit West- und Nordeuropas eine Realität wäre.

Sowohl das „Europa der Sechs“ wie das „Europa der Sieben“ haben hinsichtlich der übrigen Welt — namentlich hinsichtlich der unterentwickelten Gebiete — eine große Aufgabe zu erfüllen, die nur in einträchtiger Zusammenarbeit gelöst werden kann. So muß den jungen Industrieländern bei ihrem weiteren Aufbau Hilfe in mancherlei Form geleistet werden, und zwar durch eine koordinierte Kapitalausfuhr nach diesen Ländern, durch systematisch durchgeführte technische Hilfeleistungen und durch die Einräumung von Einfuhrquoten.

Wir brauchen aber die Hoffnung, daß es einmal so weit kommen wird, nicht aufzugeben. Ein gutes Vorzeichen ist jedenfalls, daß die Länder der „Kleinen Freihandelszone“ fest entschlossen zu sein scheinen, nichts zu unternehmen, was ein späteres Zusammenschmelzen mit den in der EWG vereinigten Ländern endgültig unmöglich machen könnte. So werden sie beispielsweise keine eigenen überstaatlichen Organe

bilden, während sie ebenfalls nicht beabsichtigen, die Außenzölle gemeinsam zu bestimmen.

Man muß den europäischen Staatsmännern jedenfalls nicht nur große Weisheit wünschen, sondern vor allem auch die Kraft, um den protektionistischen und nationalistischen Neigungen der Interessengruppen, die sich in allen Ländern dem Anbrechen einer neuen Morgendämmerung widersetzen, die Stirne zu bieten. (M.H.J.)

## **FRANKREICH: Opposition gegen die Freihandelszone**

Paris, Ende Juli 1959

Objektiv gesehen wäre Frankreich jetzt durchaus in der Lage, das Wagnis einer Freihandelszone einzugehen. Die Einfuhrentwicklung der letzten Monate nach Rückkehr zu einer recht großzügigen, wenn auch keineswegs schon vollständigen Liberalisierung bewies die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Industrie, denn wider Erwarten nahmen die Einfuhren für liberalisierte Waren kaum zu, hauptsächlich weil vorläufig die ausländischen Erzeugnisse auf dem französischen Markt teuer sind. Gewiß, das Stabilisierungs- und Gesundheitsexperiment darf noch nicht als restlos geglückt angesehen werden. Es verbleiben zahlreiche Unsicherheitsfaktoren, die die Regierung zur Vorsicht verpflichten, aber trotzdem kann die gesamte französische Lage jetzt für wesentlich widerstandsfähiger gehalten werden als im Augenblick der Unterzeichnung oder der Inkraftsetzung der Römischen Verträge.

#### **Keine zusätzlichen Sorgen!**

Man muß daher die weiterhin sehr starke und verbreitete Ablehnung jeder irgendwie gearteten Freihandelszone in Frankreich mehr psychologisch als wirtschaftlich zu erklären versuchen. Es fehlt ganz einfach das Verständnis für die Notwendigkeit einer Ausweitung des Gemeinsamen Marktes. Zweifellos würde Frankreich die Aufnahme neuer Mitglieder in den Gemeinsamen Markt nicht verhindern und teilweise sogar begrüßen, d. h. es besteht nicht auf einer Ausschließlichkeit der Sechs, wohl aber unbedingt auf der Anerkennung der

von den sechs Partnern gemeinsam festgesetzten wirtschaftspolitischen Spielregeln. Man weiß allerdings, daß es sich hierbei um eine theoretische Frage handelt, denn selbst Dänemark, das dem Gemeinsamen Markt am nächsten steht, dürfte sich nicht zu einem Aufnahmeantrag entschließen.

Was die Freihandelszone betrifft, so sind politische Kreise und Wirtschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit davon überzeugt, daß Frankreich sie nicht braucht, daß infolgedessen keine Veranlassung besteht, sich hiermit zusätzliche Sorgen zu machen. Man sieht nicht ein, weshalb man das keineswegs leichte Experiment des Gemeinsamen Marktes durch Ausweitungskomplikationen erschweren soll, und zieht es ganz entschieden vor, es zunächst einmal ruhig zu Ende zu führen oder mindestens hiermit einen den Erfolg gewährleistenden Entwicklungspunkt zu erreichen, bevor man einen weiteren Versuch der europäischen Wirtschaftszusammenarbeit in anderer Richtung unternimmt.

#### **Die Vielfalt der Aufgaben**

Berücksichtigung verdient bei der Beurteilung der französischen Haltung auch die Vielfalt der Aufgaben, denen Frankreich jetzt und in den kommenden Jahren gerecht werden muß. Neben der lange noch nicht beendigten Bereinigung der internen wirtschaftspolitischen Verhältnisse befindet sich die Verpflichtung zur beschleunigten Anpassung an den Gemeinsamen Markt an der Spitze. Hierzu sind eine weitere Modernisierung des französischen Produktionsappara-

tes, ein gründlicher Konzentrationsprozeß, nicht zuletzt im Handel, die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Struktur und auch eine kräftige Wirtschaftsexpansion erforderlich. Man versichert zwar, keineswegs zu unrecht, daß Frankreich den Gemeinsamen Markt nicht mehr zu fürchten braucht und daher in der Lage ist, in diesem Rahmen ein aktive und vielleicht sogar eine teilweise überraschende Rolle zu spielen. Deswegen unterschätzt man aber nicht das Ausmaß der weiterhin unumgänglichen Anstrengungen. Im Katalog der französischen Verpflichtungen befindet sich ferner die Industrialisierung Algeriens nach vorheriger Beendigung der Feindseligkeiten und der Aufbau der französisch-afrikanischen Gemeinschaft, die vor allen Dingen einen starken wirtschaftlichen Zement in Form von Hilfskrediten benötigt.

***Wirtschaftlich unnötig —  
politisch bedenklich***

In Anbetracht dieser verschiedenartigen Belastungen ist man allzu leicht geneigt, in der Freihandelszone einen überflüssigen Störungsfaktor oder eine Quelle der Verwirrung zu sehen, besonders da nicht klar ersichtlich ist, wie diese Zone tatsächlich aussehen wird und welche Auswirkungen sie haben kann. Im Gegensatz zum Gemeinsamen Markt, dessen Bedingungen, Voraussetzungen und Folgeerscheinungen reichlich diskutiert sowie abgewogen wurden, gelang es bisher nach französischer Überzeugung der Freihandelszone nicht, aus einer nebelhaften Sphäre der Ungewißheit herauszutreten.

Über diese psychologischen Erwägungen hinaus ausschlaggebend sollte das weitverbreitete Empfinden sein, daß man wirtschaftlich sehr wohl ohne Freihandelszone auskommen könne. Schweden und Norwegen waren für Frankreich stets sehr untergeordnete Absatzgebiete. An Repressalien Großbritanniens, der Schweiz oder Österreichs glaubt man nicht. Mit den beiden letzten Ländern will man sich bilateral einigen, was übrigens bereits weitgehend geschah. Großbritannien sind durch die starken Ausfuhrüberschüsse der Sterlingzone im Verkehr mit Frankreich die Hände gebunden. Außerdem zeigt man sich enttäuscht über die jahrzehntelangen britischen Widerstände gegenüber jeder Steigerung der französischen Agrar- ausfuhr nach Großbritannien. Die französische Wirtschaft hält es mit Recht oder Unrecht für unwahrscheinlich, daß eine Freihandelszone ihre Ausfuhr fördern könnte.

Gewisse politische Erwägungen spielen ebenfalls eine Rolle. Das britisch-französische Verhältnis muß vorläufig als gespannt, wenn nicht gar als schlecht angesehen werden, weniger in der diplomatischen Kulisse als in der öffentlichen Meinung. Man betrachtet den Nachbar jenseits des Ärmelkanals als ständigen Widersacher, sowohl in der Europapolitik als auch in der Beziehung zu den USA und im Ost-West-Verhältnis. Die Bildung des Gemeinsamen Marktes ging Hand in Hand mit einer Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland. Wie sollte das Verständnis für eine

Freihandelszone in Frankreich wachsen, wenn sich gleichzeitig ein politisches Mißtrauen gegenüber Großbritannien ausbreitet und es auch jenseits des Ärmelkanals an Mißtönen nicht mangelt? Positiv gibt andererseits die französische Diplomatie der Europapolitik unbedingte Priorität. General de Gaulle lehnt das Wagnis der Freihandelszone nicht zuletzt deswegen ab, weil es seiner Ansicht nach die Gefahr in sich birgt, die europäische Einigung zu erschweren.

***Verbreitete Verständnislosigkeit***

Abschließend mag die Frage gestellt werden, ob innerhalb der Wirtschaft die Ansichten über die Freihandelszone nicht gewisse Unterschiede, je nach Branche, aufweisen. Sieht man von wenigen Importeurgruppen ab, ist dies nicht der Fall. Diejenigen Industriezweige, die von der Freihandelszone keinerlei Konkurrenzbelastung zu erwarten haben, gelangen auch zu keiner positiven Stellungnahme, sondern verhalten sich lediglich gleichgültig. Wie bereits eingangs bemerkt, weiß die französische Öffentlichkeit nicht, was sie mit dem Gedanken anfangen soll. Eine Opposition, auf sachliche Argumente gegründet, ließe sich jedenfalls leichter überwinden als diese allgemein verbreitete Verständnislosigkeit, die auch die Landwirtschaft erfaßt, obwohl dieser Teil der französischen Wirtschaft von der Freihandelszone wenig zu befürchten und zumindest langfristig ziemlich viel zu erwarten hätte. Bis auf weiteres gilt eine Änderung der französischen Einstellung als unwahrscheinlich. (fr.)

## ***Noch eine Zuschrift: Kredittransformation im Revolving-System***

An die Redaktion  
„Wirtschaftsdienst“  
Hamburg 36  
Poststraße 11

Sehr geehrter Herr Berghändler!

Der Kommentator „(h)“ hat im Schlußteil seines Beitrages auf Seite 309 des Juni-Hefes ausdrücklich zugunsten der Beibehaltung jener Finanzierungsmethode plädiert, die beispielsweise in Mün-

München, 15. Juli 1959

chen seit Jahren von Finanzier Münemann erfolgreich betrieben wird. Er erwähnte dabei die Zweckdienlichkeit der Errichtung eines Clearingystems.

Diese Idee finde ich sehr praktisch und auch noch dazu angetan,

den volkswirtschaftlichen Erfordernissen (neben den schon befriedigten juristischen und betriebswirtschaftlichen) zu entsprechen. Natürlich müßte ein solches Clearing-system möglichst regional sein. Es wäre durchaus denkbar, eine regionale Clearingstelle etwa in der Form einer GmbH seitens der privaten Geschäftsbanken errichten zu lassen, unter besonderer Hinzuzie-